

# **Der Bürger und der Abgeordnete**

**oder**

## **PISA im Deutschen Bundestag**

Eine Glosse von Dieter Spethmann

Kürzlich fielen mir zwei Zeitungsnachrichten auf. Erstens: Es arbeite ein MdB daran, ein Institut für die Vitalisierung der Demokratie in Deutschland zu gründen, und zweitens: Es werde [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) als neue Internetseite angeboten. Ich versuchte, beides miteinander zu verbinden und schrieb der Internetplattform zur Weiterleitung an den Abgeordneten:

„In Ihrem Essay "Wider die Politikverachtung“ plädieren Sie für ein Institut für „Didaktik der Demokratie.“ Haben Sie die Hoffnung aufgegeben, dass die deutsche Politische Klasse, dass Bundesregierung und Bundestag ihre Bürger zu überzeugen vermögen? Erklären Sie den Bürgern den nachfolgenden Komplex, und Sie brauchen kein solches Institut mehr:

Frankreich, Spanien, Italien, Portugal, Griechenland und Irland erleiden Jahr für Jahr Defizite in ihrem Außenhandel. Sie strengen sich nicht genug an, um im Wettbewerb der Globalisierung zu bestehen. Nach normalen ökonomischen Spielregeln müssten sie für die Finanzierung dieser Defizite verzinsliche und rückzahlbare Kredite im Ausland aufnehmen. Das tun sie aber nicht. Vielmehr lassen sie sich von ihren Brüdern im Eurosystem aushalten: Deutschland, die Benelux-Länder, Österreich, Finnland. Denn diese erzielen Jahr für Jahr Überschüsse, die sie den Defizitbrüdern zur Verfügung stellen (müssen). Dadurch wird verhindert, dass die Überschussländer ihre Terms of Trade verbessern, was aber für eine Steigerung der Massenkaufkraft, vor allem in Deutschland, unerlässlich ist. Finden Sie das richtig, und falls ja: Wo ist die Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen, das dem Art 103 des EG-Vertrages widerspricht?“

Seine Antwort:

„Nicht die Staaten nehmen für Handelsbilanzdefizite Kredite auf, sondern ggf. Unternehmen.“

Da mich diese neue ökonomische Lehre verblüffte, fragte ich nochmals:

„Das ist keine Antwort auf meine Fragen. Ihre Erklärung, Handelsbilanzdefizite würden durch Unternehmenskredite gedeckt, ist obendrein falsch.“

Deshalb füge ich eine dritte Frage hinzu: „Wollen Sie nicht in Ihr geplantes Institut für Didaktik der Demokratie einen Grundkurs aufnehmen, der den Teilnehmern, auch Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den Unterschied erklärt zwischen Unternehmen und Volkswirtschaft?“

**Seine Antwort:**

„Sie wollten mit Ihren "Fragen" Ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Das haben Sie getan. Von mir aus können wir es gut dabei belassen.“

Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor. Aus der FAZ aber hatte ich schon im November 2005 gelernt, dass die Italiener dem Euro allein auf ihre Staatsschuld im Jahre 2004 Zinseinsparungen von 108 Milliarden € verdankten:

„Vor allem aber hat sich die Währungsunion längst in barer Münze für die italienischen Schatzminister und Steuerzahler ausgezahlt, weil sie auf dem Kapitalmarkt für die Schuldtitel des hochdefizitären italienischen Staates keine Risikozuschläge mehr bieten müssen. Von 1994 bis 1996 hatte Italien jährlich zwischen 98 und 113 Milliarden Euro alleine an Zinsen für die Staatsschulden gezahlt. Das waren zwischen 11,5 und 13,1 Prozent des gesamten Bruttoinlandsproduktes. Vor allem wegen des Euro belief sich 2004 der Zinsaufwand für die nominell weiter gestiegenen Schulden nur noch auf 68 Milliarden Euro oder fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Eine Entlastung der italienischen Staatskasse um acht Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes entspricht 2004 Minderausgaben von 108 Milliarden Euro.“

Das hatte ich mir gemerkt. Ebenfalls, dass die FAZ am 29. Juni dieses gebracht hatte:

„Pöhl sagte, er sei überrascht, daß der Euro nun schon seit siebeneinhalb Jahren als Währung bestehe. Damit sei anfänglich nicht zu rechnen gewesen, da die Währungsunion ursprünglich der Schlußstein einer engen politischen Union hätte sein sollen. Wichtig für den Erfolg des Euro sei gewesen, daß die EZB ein Statut erhalten habe, das ihre politische Unabhängigkeit absichere. Dennoch sei er für den Bestand der Währungsunion skeptisch, da die politische Union in letzter Zeit ins Stocken geraten sei, gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung in den Euro-Ländern auseinander-laufe. Daraus könnten politische Spannungen entstehen, die die Währungsunion in eine Krise bringen könnten. "Die letzte Entscheidung über den

Euro ist noch nicht gefallen", sagte Pöhl. "Ich bin besorgt, daß die Konstruktion fragil ist."

Issing äußerte sich - wenn auch etwas gedämpfter - ebenfalls besorgt. Zwar sei die EZB gut gerüstet und verfüge über sachgerechte Instrumente für die Geldpolitik. Doch habe der politische Wille, die Währungsunion durch die notwendigen Reformen in der Finanz- und Arbeitsmarktpolitik zu flankieren, abgenommen. Bedrohlich sei zum Beispiel, daß die Lohnstückkosten in einigen Mitgliedsländern in den vergangenen Jahren stark gestiegen seien und diese Länder nun an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hätten. Der früher übliche Ausweg über eine kräftige Abwertung der heimischen Währung sei nun aber nicht mehr gangbar. Das könne die Währungsunion unter Druck bringen. Issing hält aber für unwahrscheinlich, daß ein Euro-Land aus der Währungsunion austreten könnte. Die politischen und wirtschaftlichen Kosten wären für dieses Land so groß, daß ein Austritt praktisch nicht möglich sei.“

Unter den von der Deutschen Bundesbank zusammengestellten Presseartikeln, Ausgabe Nr. 46 vom 1. November, hatte ich gefunden, dass Wolfgang Münchau in der Financial Times vom 30. Oktober gesagt hatte:

„Against the rest of the world the eurozone runs a negligible current account deficit. But inside the eurozone huge internal imbalances have built up. One measure of imbalances is the current account. Spain is heading for a current account deficit of close to 10 per cent of gross domestic product. Western Germany's current account surplus is approaching 9 per cent of GDP.“

Und der Zürcher Trend vom 12. Dezember signalisiert:

„Spanien nähert sich einem gefährlichen Punkt.

Die Immobilienblase in Spanien übertrifft die amerikanische bei weitem. 3 Millionen Wohnungen stehen bereits leer, die in den vergangenen Jahren gebaut wurden, und der Umfang der Korruption hat eine Größenordnung erreicht, die nun sogar die UNO auf den Plan ruft. Über 300 Personen (vom Bürgermeister bis zum Advokaten) befinden sich bereits im Gefängnis. Ein Fünftel aller, seit der Einführung des Euro, gedruckten 500er-Scheine sind allein in Spanien im Umlauf. Mehrere Verbrecherorganisationen aus Mittelosteuropa und Lateinamerika dominieren die Szene. Ein Platzen dieser Blase gilt als sicher. Deshalb:

Die in Europa einzigartige Situation zwingt nicht nur die Regierung zu scharfen Einschnitten, sondern berührt auch die Politik der EZB. Das sehen wir mit grossen Bedenken. Ein Zusammenbruch dieses Immobilienmarktes hätte nachhaltige Folgen für die Querverbindungen unter den Banken, nachdem die spanischen Grossinstitute

in den letzten Jahren zu den grössten und aggressivsten Käufern anderer Banken in Europa zählten. Wir bezweifeln, ob diese Politik Bestand haben wird, wenn der Immobilienmarkt ins Rutschen gerät.“

Es liegt heute fast auf den Tag genau vier Jahre zurück, dass ich das Manuskript für mein Buch „Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal“ abschloß. Wie gutgläubig ich doch war. Heute steht fest: Das „Gemeinsame Schicksal“ im Euro ist, dass die Tüchtigen die Dummen sind.

So hat sich mein schleichend gewachsener Argwohn bestätigt, dass der Umgang mit Währung und Inflation, seit jeher ein Kriterium politischer Kultur, also von Land zu Land verschieden, trotz des Euros auch in Zukunft innerhalb Europas verschieden bleiben werde. Heute wissen wir: Konvergenz ist nicht. Der Euro war ein Produkt politischer Willkür und bleibt es. Deshalb müssen die Überschuss-Staaten Holland, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Österreich und Finnland sich überlegen, wie lange sie fortfahren wollen, wesentliche Teile ihrer Wirtschaftsleistung an die Defizit-Staaten zu verschenken – in ein Fass ohne Boden. Dass diese ihre seit 1999 in Euro eingegangenen Verbindlichkeiten nur teilweise honorieren werden, steht für mich ohnehin fest. Je länger der gegenwärtige Zustand andauert, umso teurer für die Überschuss-Staaten.

Umgekehrt zeichnet sich ab, dass im Mittelmeer-Raum sehr bald billige Energie im Übermaß zur Verfügung stehen wird, nämlich LNG (verflüssigtes Erdgas) aus den arabischen Ländern. Damit haben alle Länder dieses Raumes die Chance, neue Produktivität zu entwickeln und ihr Vertrauen zueinander in einem Med-Euro auszudrücken.

\*\*\*

Düsseldorf, am 14. Dezember 2006

[www.eurospethmann.de](http://www.eurospethmann.de)

[www.hankelspethmann.de](http://www.hankelspethmann.de)